

Der Ukrainekrieg und die neue Weltordnung

Teil II: Krieg und Frieden - Wie reagieren?

Im Teil I habe ich mögliche Ursachen und Hintergründe des russischen Kriegs gegen die Ukraine erörtert und dabei vier unterschiedlich akzentuierte Thesen vorgestellt. Ein Angriffskrieg gegen einen anderen Staat ist - anders als in früheren Jahrhunderten - Gottseidank selten geworden. Seit 1945 hat sich die Völkergemeinschaft in der UN-Charta auf einen Gewaltverzicht bei der Klärung territorialer und anderer zwischenstaatlicher Konflikte verständigt. Die Völker und Staaten der Erde müssen demnach beim Ukrainekrieg auf die offensichtliche Verletzung dieses Grundprinzips der weltweiten Friedensordnung reagieren. Aber wie?

Reaktionen auf einen Angriffskrieg

Grundsätzlich sind m. E. fünf Schritte bzw. Reaktionsbündel unverzichtbar:¹

1. Verurteilung und Aufforderung zum Stopp des Gewalteinsatzes: Durch eine klare Positionierung muss ein Angriffskrieg öffentlich verurteilt werden, z. B. durch die UN-Vollversammlung, internationale Organisationen und Gremien u.a.; ggf. muss das Krieg führende Land von internationalen Konferenzen, Sport- und Kulturveranstaltungen usw. vorübergehend ausgeschlossen werden. Wichtig wäre ein möglichst klares und einstimmiges Votum der Völkergemeinschaft.
2. Maßnahmen gegen den Aggressor und dessen politische, militärische und wirtschaftliche Führung: Die Maßnahme müssen darauf zielen, das militärische Potenzial des Krieg führende Staates zu schwächen und ihn zu bewegen, nach friedlichen Wegen einer Konfliktlösung zu suchen; dazu können zum Beispiel Sanktionen und Boykottmaßnahmen sein, aber auch die Unterstützung der kritischen Opposition (Parteien, Organisationen, Medien) im angreifenden Land.
3. Militärische und humanitäre Hilfe für den Angegriffenen: Bevölkerung und Militär können zum Beispiel durch Soforthilfen und Waffenlieferungen, die Bereitstellung von Wiederaufbauhilfen, die Aufnahme und Unterstützung von Kriegsflüchtlingen oder Vertriebenen sowie weitere politische, kulturelle Zeichen der Solidarität unterstützt und ermutigt werden.
4. Suche nach einer Verhandlungslösung: Dazu gehören u.a. Vermittlungsangebote, bilaterale Verhandlungen über humanitäre Fragen (z. B. Austausch von Kriegsgefangenen), eine Verständigung über Teillösungen, Gespräche über einen Waffenstillstand oder die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz mit dem Ziel, eine von allen Seiten akzeptierte, dauerhafte Sicherheits- und Friedensregelung zu finden.
5. Bestrafung des Aggressors und Wiedergutmachung: Hier geht es z. B. um die Einrichtung eines internationalen Kriegsverbrechertribunals und um Reparationszahlungen für kriegsbedingte Umweltschäden oder für den Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur.

¹ Die Aufzählung soll keine Chronologie der Maßnahmen ausdrücken.

Ich werde, bezogen auf den Ukrainekrieg, auf die ersten beiden Schritte nicht näher eingehen. Das heißt, die Frage, wie man den öffentlichen Druck auf den Aggressor erhöhen kann, blende ich hier ebenso aus wie die Frage, ob Sanktionen - und wenn ja welche - zielführend sind. Auch den Punkt 5. klammere ich vorerst aus. Im Folgenden konzentriere ich mich also lediglich auf die Aspekte der Schritte 3 und 4: Waffenlieferungen und / oder Verhandlungslösung. Krieg oder Frieden. Krieg und Frieden?

Frieden schaffen ohne Waffen - oder mit Waffen?

Waffenstillstand sofort! Keine Waffenlieferungen!

Das fordern viele, nicht nur friedensbewegte und pazifistisch gesinnte Menschen, die vor allem die Schrecken und Gräuel eines Krieges vor Augen haben - fast vom ersten Kriegstag an. Damals schien die Ukraine der Groß- und Atommacht Russland hoffnungslos unterlegen, wozu also noch kämpfen, wozu noch Blutvergießen und Opfer? „*Russland ist von der Ukraine militärisch nicht zu besiegen!*“ - so lautete ein zentrales Argument.

Wenn man die Berichte hört und die Bilder sieht, ist auch heute nach zehn Monaten Krieg der erste Wunsch: Das muss ein Ende haben! Diese sinnlosen Zerstörungen, diese unglaublich hohen Opferzahlen auf beiden Seiten, diese unfassbaren Kriegsverbrechen, Zigtausende meist junger Soldaten getötet oder verwundet, täglich kommen Hunderte dazu. Zigtausende Frauen und Kinder vertrieben oder auf der Flucht, Hunderttausende (oft ältere Menschen), die im Winter in Behausungen ohne sichere Strom-, Gas- und Wasserversorgung ausharren müssen, oft völlig abhängig von Hilfslieferungen aus dem Ausland. Selbst Atomkraftwerke werden beschossen. Die Gefahr einer flächendeckenden radioaktiven Verseuchung, die auch vor Staatsgrenzen nicht halt macht, ist durchaus real.

Und wozu das alles? Für Putins Traum vom Großrussischen Reich? Oder weil in Kiew angeblich „Nazis“ regieren und die (russischstämmige) Bevölkerung terrorisieren? Oder weil der Westen sonst Russland angreifen und zerstören würde?

Die Ukrainer wollen ihr Land verteidigen, nicht einfach kapitulieren. Ist das nicht „normal“? Ist das nicht überall in allen Staaten der offizielle Grund, warum überhaupt eine Armee vorhanden ist? Nun kann und wird sich eine Armee aber nur gegen einen Angriff verteidigen, wenn sie über entsprechende Waffen und Ausrüstungen verfügt - und wenn sie eine Erfolgchance sieht. Sollte sie hoffnungslos unterlegen sein, ist es zweifellos besser, gleich oder schnell aufzugeben, um sinnlose Opfer und Blutvergießen zu vermeiden. So hat zu Beginn des Zweiten Weltkriegs z. B. Dänemark auf militärischen Widerstand gegen die übermächtige deutsche Wehrmacht weitgehend verzichtet und rasch kapituliert.

Namhafte Intellektuelle in Deutschland haben sich schon in den ersten Kriegstagen und -wochen vehement gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen.² Das würde den Krieg nur unnötig verlängern und die Opferzahlen massiv erhöhen. Beides stimmt. Was

² Noch wichtiger war das Argument: Die Lieferung von (schweren) Waffen macht Deutschland zur „Kriegspartei“, sie liefert Putin einen Vorwand für weitere militärische Eskalationsschritte, die in einen atomaren Dritten Weltkrieg münden könnten. Ich komme darauf zurück, Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gegen deutsche Waffenlieferungen (im April 2022 in der Zeitschrift „Emma“) gehörten u.a. die Feministin Alice Schwarzer, der Schriftsteller Martin Walser, die Schriftstellerin Juli Zeh und der Autor Alexander Kluge. Auch der Philosoph Richard David Precht und der Soziologe Harald Welzer schlossen sich dem Appell an.
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/krieg-in-der-ukraine-zehntausende-unterzeichnen-brief-gegen-lieferung-schwerer-waffen-a-b5aee2f9-2cbc-46ad-9fbb-bb591a06cde8>

sich aber als falsch herausgestellt hat, ist die Grundannahme der Kriegsgegner und Waffenlieferungsverweigerer. Anders als erwartet, wollte die Ukraine nicht kapitulieren, vielmehr konnte sie sich mit Hilfe der vom Westen gelieferten Waffen überraschend erfolgreich zu Wehr setzen, die Okkupanten sogar zurück- und in die Defensive drängen.

Aggressoren mit Waffen stoppen!

Die Kriegsgegner und jene, die Waffenlieferungen an die Ukraine ablehnen, müssen sich fragen lassen, ob und wie sich ein angegriffener, militärisch unterlegener Staat ohne Bündnishilfe überhaupt verteidigen soll. Am besten gar nicht!? Oder durch friedlichen Protest? Sitzblockaden gegen Panzer und Raketen? Die Bürgerinnen und Bürger von Cherson haben erlebt, wie die russische Besatzung auf die anfänglichen Protestdemonstrationen in der im Frühjahr besetzten Stadt reagiert hat: Es kam zu Inhaftierungen, Folterungen, Deportationen und zu massiven Drohungen und Einschüchterungen. Die friedlichen Proteste verstummten schnell.

Auch Hitlers Armeen wurden nicht durch friedlichen Protest aufgehalten. Die Rote Armee hat der Wehrmacht nach 1941/1942 u.a. auch dank massiver Waffenlieferungen aus dem Westen (USA) standgehalten und sie schließlich besiegt; das gleiche gilt für die britische Armee zu Kriegsbeginn 1939/1940. Auch sie erhielt Waffen aus den zunächst noch neutralen USA.³ Damals sind übrigens auch Flugzeuge und Panzer geliefert worden, also jene „schweren Waffen“, die bis Januar 2023 vom Westen nicht an die Ukraine geliefert worden sind, um Russland nicht zu einer weiteren Eskalationsstufe im Krieg zu bewegen.

Waren die damaligen Waffenlieferungen auch verkehrt und nur „kriegsverlängernd“? Letzteres waren sie zweifellos - und auch die Opferzahlen und Zerstörungen waren immens. Die meisten Kriegsoffer und Zerstörungen gab es mit und nach Eintritt der USA in den Krieg (Dez. 1941), also beim Versuch, sowohl die deutsche als auch die japanische Eroberungs- und Vernichtungspolitik zu stoppen, auch mit Hilfe der damals verbündeten Sowjetunion.

Machen uns Waffenlieferungen zur „Kriegspartei“?

Natürlich muss ein Aggressor, muss eine massive Verletzung der UN-Charta verurteilt werden. Ein angegriffenes Land hat ein Notwehrrecht auf Selbstverteidigung. Darf es dabei nicht mit Waffen, auch nicht mit Verteidigungswaffen unterstützt werden? Das wäre absurd. Dann wäre die UN-Charta nur ein Blatt Papier. Wer angegriffen wird, muss sich (angemessen) verteidigen können! Es sei denn, er kapituliert gleich. Wenn das keine Option ist, muss er in der Lage sein bzw. in die Lage versetzt werden, den Aggressor zu stoppen und zurückzudrängen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Argumentiert wird auch, dass Waffenlieferungen uns (Deutschland) zur „Kriegspartei“ machen und weitere Eskalationsstufen auslösen würden. Deutschland und die NATO würden direkt in den Krieg hineingezogen, dieser könnte sich letztlich zu einem Dritten Weltkrieg entwickeln. Waffenlieferungen könnten demnach unser aller Untergang provozieren.

³ Mit dem sog. „Leih- und Pachtgesetz“ von 1941 legalisierte die amerikanische Regierung unter Präsident Roosevelt die bereits 1940 begonnene Praxis, England (und später auch die Sowjetunion) im Kampf gegen Hitler-Deutschland militärisch zu unterstützen, obwohl die USA damals noch „neutral“, also keine Kriegspartei waren. Auch die Sowjetunion erhielt westliche Militärhilfe: „Von den USA wurden über 400.000 Jeeps und LKW, 13.000 Lokomotiven und Güterwagen, 90 Frachtschiffe, 4000 Bomber, 10.000 Jagdflugzeuge und über 7000 Panzer an ihre sowjetischen Alliierten geliefert. Die Briten und Kanadier lieferten weitere 5000 Panzer und 7000 Flugzeuge.“

Für manche sind schon die jetzigen Waffenlieferungen eine aktive Kriegsbeteiligung. Ja, selbst wer Hilfe listet, ist irgendwie „beteiligt“, materiell, nicht nur moralisch. Dennoch unterscheidet sich diese Beteiligung erheblich von einem offiziellen Kriegseintritt. Auch die Sowjetunion hat z. B. im Vietnamkrieg zwischen 1964 und 1975 den Vietcong und Nordvietnam massiv mit Waffen gegen die USA unterstützt, ohne selbst direkt als Kriegspartei mit eigenen Soldaten einzugreifen. Beispiele gibt es viele und in der Tat sind manchmal die Grenzen fließend, wenn z. B. Freiwillige oder Söldner, Ausbilder und Berater zum Einsatz kommen oder Soldaten des angegriffenen Landes im „neutralen“ Ausland ausgebildet werden.

Zunächst scheint die völkerrechtliche Position klar zu sein: Die Waffenlieferungen westlicher Staaten sind noch keine Kriegsbeteiligung, solange z. B. deutsche (bzw. westliche) Soldatinnen und Soldaten nicht aktiv vor Ort in das Kampfgeschehen eingreifen. Das gilt unabhängig vom Umfang der Waffenlieferungen und von deren defensiven oder offensiven Charakter. Weniger klar ist die rechtliche Frage, wenn z. B. westliche Länder ukrainische Soldatinnen und Soldaten an westlichen Waffen ausbilden; das genau geschieht allerdings seit Monaten. Dies könnte in der Tat völkerrechtlich als „Kriegsbeteiligung“ gewertet werden. Eine Gratwanderung.⁴ Aber führt sie automatisch zur Eskalation?

Droht nun im weiteren Kriegsverlauf eine atomare Eskalation, gar ein Dritter Weltkrieg?

Gegner weiterer Waffenlieferungen argumentieren, ein Krieg gegen die Großmacht Russland sei von der Ukraine gar nicht zu gewinnen, Putin könne nahezu beliebig eskalieren und schließlich auch taktische Atomwaffen einsetzen oder zu einem großen atomaren Schlag gegen ukrainische Städte ausholen. Das müsse unbedingt vermieden werden. Die Ukraine müsse zum Nachgeben, zu Kompromissen gedrängt werden. Aber hieße das nicht doch Kapitulation? Hätte der Aggressor dann nicht doch sein Ziel erreicht? Denn Russland hält unverändert an seinen Kriegszielen fest.

Putins Drohung mit einer nuklearen Eskalation ist zwar ernst zu nehmen, sollte allerdings nicht der alleinige Leitfaden für das eigenen Denken und Handeln sein. Kriegsverläufe sind grundsätzlich nicht vorhersehbar, auch Atommächte haben in der Vergangenheit Kriege verloren, ohne auf atomare Waffen zurückzugreifen (z. B. USA in Vietnam 1975 und in Afghanistan 2021, Russland in Afghanistan 1989).⁵ „Verlieren“ heißt lediglich: Der Aggressor zieht sich aus dem besetzten Land zurück.

⁴ Vgl. das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes im Bundestag: <https://www.rnd.de/politik/voelkerrecht-ausbildung-ukrainischer-soldaten-an-gelieferten-waffen-kann-kriegsbeteiligung-sein-SMAVGPWAU5BAXFYAFMR7OXDIYQ.html>

Die Charta der Vereinten Nationen erlaubt es jedem Staat, einen „*angegriffenen Staat zu unterstützen, ohne dabei selbst Konfliktpartei werden zu müssen*“: „*Dabei nimmt der unterstützende Staat eine nicht-neutrale, gleichwohl aber am Konflikt unbeteiligte Rolle ein*“, so das Gutachten: Es handele sich um die Rolle der sogenannten „Nichtkriegsführung“, die die „traditionelle Neutralität“ inzwischen völkerrechtlich ersetzt habe.

⁵ Vgl. Elvira Rosert, Frank Sauer, „*»Wir müssen den Krieg vom Ende her denken« Über eine populäre Floskel, die gut klingt, aber im Konflikt mit Russland in die irre führt.*“ ZEIT, 29.12.2022. E. Rosert arbeitet am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Uni Hamburg, F. Sauer am Metis Institut für Strategie u. Vorausschau der Bundeswehr-Universität München. Beide plädieren dafür, sich die politischen Handlungsoptionen nicht von Putins atomaren Drohungen diktieren zu lassen.

Zudem gibt es nicht-nukleare Eskalationsmöglichkeiten, die bereits genutzt werden oder in Vorbereitung sind: Putin kann z. B. Hunderttausende weitere Soldaten mobilisieren, eine weitere Front von Belarus aus eröffnen, die systematische Zerstörung der sog. kritischen Infrastruktur (Gas-, Strom- Wasserversorgung) in der Ukraine fortsetzen, ständig neue Desinformationskampagnen starten, um im Westen die Bereitschaft zur Unterstützung der Ukraine zu unterminieren, oder bei der US-Präsidentenwahl 2024 auf Donald Trump oder einen Trumpisten im Weißen Haus setzen, der die Unterstützung der Ukraine - so die russische Hoffnung - dann einstellt.

Noch haben die USA massive militärische Gegenschläge angekündigt, falls Russland wirklich Nuklearwaffen einsetzen sollte. Das wäre eine weitere Eskalationsstufe. Aber vielleicht reicht ja auch hier die Drohung. Ein erster Nuklearwaffeneinsatz seit 1945 wäre ein Tabubruch, mit einem enormen Imageschaden für Russland und wohl auch mit weiterer internationaler Isolation verbunden. Das weiß Putin natürlich. Etliche rationale Überlegungen sprechen also gegen die Atomwaffen-Option, allerdings folgt politisches Handeln nicht immer oder nicht nur rationalen Erwägungen. Ein Risiko bleibt.

Wie endet so ein Krieg?

Strategien zum Umgang mit „revisionistischen Mächten“

Eine Welt ohne Militär ist eine schöne Vision, eine Utopie, weltfremd, solange Staaten und Mächte willens sind, ihre Interessen ggf. auch gewaltsam durchzusetzen.

Dennoch: Ein Krieg, auch ein Verteidigungskrieg, ist grundsätzlich keine gute Lösung für politische Konflikte, vielmehr immer mit kaum antizipierbaren humanen Katastrophen verbunden. Also muss im Vorfeld alles versucht werden, einen kriegerische Lösung von Konflikten zu vermeiden. Aber wie begegnet man einem kriegswilligen (!) Staat, einer „revisionistischen Macht“ (H. Münkler), die, Völkerrecht hin oder her, territoriale Eroberungen plant oder beginnt bzw. gewaltsam einen Regimewechsel im Nachbarland anstrebt?

Der Politologe Herwig Münkler nennt drei Strategien: Erstens Wohlstandstransfer, zweitens Appeasement, also Entgegenkommen und drittens Abschreckung durch Aufbau einer militärischen Drohkulisse.

Wohlstandstransfer bedeutet praktisch, man bindet den potentiell revisionistischen Staat in eine Wirtschaftsgemeinschaft ein bzw. sorgt durch Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen für wachsenden Wohlstand. Das Kalkül: Je mehr die Bürgerinnen und Bürger zu verlieren haben, desto weniger sind sie an einer aggressiven, militaristischen Expansionspolitik interessiert.

Beim Appeasement, werden Zugeständnisse gemacht in der Hoffnung, den Aggressor zu besänftigen, die unmittelbare Kriegsgefahr zu bannen und Zeit für Verhandlungen (und ggf. für die eigene Aufrüstung) zu gewinnen.

Die Strategie der Drohung und Abschreckung setzt eine militärische Aufrüstung im Rahmen eines starken Bündnisses voraus. Sie ist in den westlichen Demokratien, die seit den Schrecken des Zweiten Weltkriegs auf friedliche Konfliktlösungen setzen, äußerst unpopulär und zudem extrem kostspielig. Erst nach dem offenkundigen Scheitern der beiden zuvor genannten Strategien gegenüber Russland hat sich z. B. Deutschland zu diesem Schritt entschlossen (100 Mrd. Sondervermögen für die Bundeswehr). Nur wer

stark ist, möglichst wirtschaftlich und militärisch, kann auch glaubhaft drohen oder abschrecken.

Kriege beginnen ist leicht, sie zu beenden schwer

Ist der Krieg einmal begonnen, wird es schwer, ihn zu beenden. Die Antwort kann und darf jedenfalls nicht sein, dem Aggressor sofort nachzugeben. Das würde nur weitere Angriffskriege ermutigen und die UN-Charta zum Gewaltverzicht aushebeln. Nein, die kriegerische Aggression muss verurteilt - und möglichst gestoppt werden. Und das geht offenbar nur, wenn der Angegriffene auch militärisch gestärkt wird.

Im Ukrainekrieg jedenfalls gab es ein interessantes Zusammenspiel: Der überraschend starke Widerstandswillen der Ukraine (Militär und Bevölkerung), verbunden mit der ebenso überraschenden Schwäche und Fehleranfälligkeit der russischen Armee und ihrer Führung, haben den Westen ermutigt, in hohem Maße und untereinander koordiniert Verteidigungswaffen zu liefern, was wiederum die Widerstandskraft der ukrainischen Armee und den Durchhaltewillen der Bevölkerung massiv gestärkt hat.

Beendet haben die Waffenlieferungen den Krieg bisher nicht. Aber sie haben militärisch zu einer Pattsituation geführt. Die könnte nun entweder eine weitere Eskalationsstufe im Krieg auslösen oder vielleicht doch zu Verhandlungen führen.

Kontroverse Kriegsziele

Blicken wir kurz auf die jeweiligen Kriegsziele, so weit sie aus offiziellen Verlautbarungen bekannt sind. Sie sind derzeit offenbar auf beiden Seiten zugleich „Bedingungen“ für die Aufnahme von Verhandlungen, was natürlich absurd ist: Verhandelt werden soll also erst, wenn die eigenen Kriegsziele erreicht sind.

Putin und die russische Führung formulieren unverändert drei Kriegsziele bzw. Bedingungen:

- „Entnazifizierung der Ukraine“: Was das genau bedeutet, bleibt nach wie vor unklar. Gemeint sind wohl ein Regimewechsel in Kiew, Einsetzung einer russlandfreundlichen neuen Regierung und Bestrafung sog. „Nazi-Terroristen“ für ihre angeblich genozidalen Verbrechen an der russischstämmigen Bevölkerung⁶
- „Entmilitarisierung“ der Ukraine: Inwieweit das die Auflösung bzw. Teilauflösung der ukrainischen Armee oder „nur“ die Beseitigung ihrer „schweren Waffen“ bedeutet, bleibt unklar. Zumindest sollen eine NATO-Mitgliedschaft und einer Stationierung von westlichen Raketen sowie atomaren Sprengköpfen auf dem Gebiet der Ukraine ausgeschlossen werden.
- „Sicherheitsgarantien“ für Russland und die „neuen Gebiete“ (gemeint sind die von Russland annektierten Gebiete der Ukraine), also Anerkennung dieser Gebiete (d. h. auch der Landverbindung zur Krim und die Krim selbst) als Teil Russlands und Verzicht auf Rückeroberung durch die Ukraine.

Diese Ziele und Bedingungen laufen letztlich auf eine Kapitulation der Ukraine hinaus.

⁶ Selbst der jüdisch-stämmige Präsident Selensky, dessen Familie Mitglieder im Holocaust verloren hat, gilt der russischen Führung offenbar als „Nazi“. Dass der Nazi-Vorwurf nur ein propagandistischer Vorwand ist, um in der russischen Bevölkerung Erinnerungen an den Großen Vaterländischen Krieg 1941- 1945 gegen Nazi-Deutschland wach zu rufen, ist offensichtlich. Bekannt ist auch, dass Putins Russland rechtsradikale Parteien, Gruppierungen und Medien in Westeuropa finanziell und propagandistisch unterstützt. (Vgl. ARD-Faktenfinder „Entnazifizierung als Vorwand“, [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) 25.12.2022)

Von ukrainischer Seite werden folgende Kriegsziele bzw. Bedingungen für Verhandlungen formuliert:⁷

- Abzug der russischen Armee aus allen seit Februar 2022 besetzten Gebieten
- Freilassung aller Kriegsgefangenen und Rückkehr aller Deportierten (z.B. deportierte ukrainische Kinder)
- Garantie der Lebensmittel- und Energiesicherheit der Ukraine und Verlängerung des Getreideabkommens mit Russland (Ausfuhr ukrainischen Getreides über das Schwarze Meer und den Bosphorus)
- internationaler Schutz der nuklearen Anlagen (AKW Saporischschia, Tschernobyl u.a.)
- Internationales Sondergericht zur Aufarbeitung der Kriegsverbrechen
- Wiedergutmachung für Zerstörungen der sog. kritischen Infrastruktur und für Umweltzerstörungen (Reparationen)
- Wiederherstellung der ursprünglichen territorialen Integrität der Ukraine (also inkl. Krim)
- Sicherheitsgarantien für die Ukraine (Schutz vor künftigen Angriffen)
- Internationales Abkommen zur Friedenssicherung (Nachkriegs-Sicherheitarchitektur)

Diese Kriegsziele laufen auf einen vollständigen Rückzug der russischen Truppen aus allen seit 2014 besetzten Gebieten hinaus. Eine Verhandlungslösung scheint derzeit unrealistisch. Und doch wird auch dieser Krieg irgendwann enden und zu Friedensverhandlungen führen. Wie endet so ein Krieg?

Sieg oder Pattsituation

Entweder gewinnt eine Seite ganz offensichtlich, weil die andere Seite keinerlei Erfolgchancen mehr sieht oder militärisch nicht mehr in der Lage ist weiter zu kämpfen. So endeten der Erste und der Zweite Weltkrieg. Die unterlegene Seite muss in einen Waffenstillstand und in Friedensverhandlungen einwilligen und sich dabei dem Diktat (mit Glück auch dem Wohlwollen) des Siegers unterwerfen. Diese Situation ist im Ukrainekrieg bis heute (Januar 2023) nicht eingetreten.

Oder beide Seiten merken, dass sie ihre Maximalziele (s.o.) militärisch nicht mehr erreichen können, die eigenen Opfer und Kosten aber immens sind bzw. ständig wachsen. Dieser Zustand könnte im Ukrainekrieg derzeit oder in wenigen Wochen erreicht sein. Er könnte zumindest zur Einstellung weiterer Kampfhandlungen und zu einem Waffenstillstand führen. Aber leider nur mit dem Blick von außen.

Sofortiger Waffenstillstand! - Verhandeln!

Das sind Forderungen, die immer wieder erhoben werden; sie klingen so einfach und plausibel. Ist Frieden nicht immer wichtiger und besser als Krieg führen? Warum kein sofortiger Waffenstillstand?

Einen sofortigen Waffenstillstand und keine weiteren westlichen Waffenlieferungen mehr, das fordern unisono z. B. Politikerinnen und Politiker der „Linken“ und der AfD. Das Problem: Weder Russland noch die Ukraine sind derzeit zu einem Waffenstillstand oder gar

⁷ Vgl. den sog. 10-Punkte-Plan, den Präsident Selensky auf dem G20-Gipfel in Bali per Videobotschaft übermittelte.: <https://www.news.de/politik/856593510/zehn-punkte-plan-fuer-ende-des-ukraine-krieges-bei-g20-gipfel-praesident-wolodymyr-selenskyj-legt-friedensplan-vor/1/>

zu Friedensgesprächen bereit. Und wenn dann doch einmal solche Signale kommen, dann stets mit dem Zusatz, zunächst müsste die andere Seite die o.g. Bedingung (die eigenen Kriegsziele) erfüllen. Kurz: Die Ukraine ist zu Verhandlungen bereit, wenn Russland sich aus den besetzten Gebieten zurückzieht, Russland ist zu Verhandlungen bereit, wenn die Ukraine die annektierten Gebiete als nunmehr russisches Staatsgebiet akzeptiert.⁸

Militärisch herrscht, wie gesagt, seit Wochen eine Art Pattsituation. Beide Seiten erreichen keinen größeren territorialen Zugewinne mehr, leiden unter erheblichen Verlusten, Opfern, Zerstörungen. Warum nun nicht einfach aufhören?

Die Forderung nach Waffenstillstand und sofortigem Stopp von Waffenlieferungen klingt human, ist aber eine hohle Phrase. Denn ohne weitere Waffenlieferungen an die Ukraine würde sich das Patt schnell zugunsten Russlands auflösen. Diese Forderung ist letztlich keine humane Friedensbotschaft, sondern eine einseitige Unterstützung des russischen Angriffskriegs und eine kaum verhüllte Akzeptanz der bisherigen russischen Okkupationen. Russland versucht unverändert, weitere Gebiete (z. B. im Donbass) zu besetzen. Nur mit westlichen Waffen kann die Ukraine zumindest das Patt halten.

Diplomatische Initiativen!

Auch diplomatische Initiativen, die immer wieder gefordert werden, sind schwierig und heikel, nicht nur, weil ein glaubwürdiger und von allen Seiten respektierter „Vermittler“ nicht in Sicht ist.⁹ Deutschland oder die EU können nicht als Vermittler auftreten, sie sind offensichtlich Partei. Auch der UN-Generalsekretär kann eigentlich kein „neutraler“ Vermittler in einem Krieg sein, den eine Seite unter Bruch der UN-Charta begonnen hat und seit Monaten weiter führt. Russland hat nach 1991 die Souveränität der Ukraine und die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen anerkannt. Die Ukraine ist - auch das über Jahrzehnte von Russland anerkannt - ein souveräner Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen!¹⁰

Ein Vermittler müsste derzeit auf der Basis des Status quo agieren, also den Völkerrechtsbruch erst einmal hinnehmen, oder er müsste zunächst den Status quo ante (Kriegsbeginn 24. Februar 2022) fordern, was ziemlich unrealistisch sein dürfte.

⁸ Die jeweiligen Bedingungen gehen weit über die territoriale Streitfrage hinaus (vgl. Kriegsziele).

⁹ Nur der türkische Präsident Erdogan bietet sich derzeit immer wieder mal als „neutraler“ Vermittler an. Er hat ja auch schon das „Getreideabkommen“ mit ausgehandelt, das die Ausfuhr ukrainischen Getreides durchs Schwarze Meer und den Bosphorus ermöglicht.

¹⁰ Im sog. Budapester Memorandum von 1994 haben sich Russland, Großbritannien und die USA mit den ehemaligen Sowjetrepubliken Kasachstan, Belarus und Ukraine auf den Abzug der dortigen sowjetischen Atomwaffen geeinigt. Die Souveränität und Unverletzlichkeit der Grenzen wurde den drei neuen Staaten garantiert (Sicherheitsgarantie), zugleich der Verzicht auf eine künftige Stationierung von Atomwaffen vereinbart, ebenso eine generelle Verpflichtung, dass die drei Atommächte keine Atomwaffen gegen Nichtnuklearmächte einsetzen. Der Rechtsstatus dieser Vereinbarung ist allerdings umstritten. Russland weist z. B. darauf hin, dass das Memorandum nie von der Duma ratifiziert wurde und lediglich eine Absichtserklärung sei.

Eine Verhandlungslösung, die den Krieg wirklich beenden würde, erscheint derzeit in weiter Ferne.¹¹ Schon das Andeuten möglicher Kompromisse würde jeweils einen Proteststurm der Ultrationalisten auslösen, vielleicht sogar einen Putsch.

Beide Präsidenten, Putin und Selensky, würden vermutlich in der derzeitigen Lage einen Kompromissfrieden auf der Basis des Status quo (oder wie es in Russland heißt: „der neuen Realitäten“) politisch ggf. sogar physisch nicht überleben. Zu einflussreich sind die auf einen militärischen Sieg der eigenen Seite setzenden ultrationalistischen Kräfte in beiden Staaten. Zu hoch sind die eigenen Opfer. Zu sehr ist die Bevölkerung beider Länder durch die jeweilige eigene Kriegspropaganda auf den bevorstehenden „Endsieg“ eingestimmt.¹²

Dennoch: Irgendwann muss es zu Verhandlungen kommen. Aber was kann diesen Prozess unter den gegebenen Bedingungen beschleunigen? Die Antwort ist - wie wir sehen werden - paradox.

Friedensverhandlungen durch Waffenlieferungen

„Russland muss den Krieg verlieren.“ Das wird im Westen immer wieder gefordert und proklamiert. Aber was heißt das? Jedenfalls nicht, dass ukrainische Truppen Russland ganz oder teilweise besetzen oder bis Moskau vordringen. Das wäre unsinnig, völlig unrealistisch und seinerseits ein Bruch des Völkerrechts. Niemand will das.

„Verlieren“ heißt schlicht, dass sich die russischen Truppen aus der Ukraine zurückziehen (müssen). Zumindest so weit, dass mit politischem Druck auf die Regierung in Kiew auch diese bereit ist, in Verhandlungen über ein Friedensabkommen einzutreten.

Ob und wann dieser Zeitpunkt eintreten wird, ist ungewiss. Er kann aber nur eintreten, wenn die Ukraine militärisch auch mit offensiv (!) nutzbaren Waffen ausgestattet wird. Auf der Ebene der konventionellen Kriegsführung muss ein Gleichgewicht oder sogar ein leichtes Übergewicht der Ukraine entstehen. Nur dann gibt es eine Chance auf Frieden.

Die Ukraine wird also versuchen (müssen), weitere besetzte Territorien zurückzuerobern. Für Putin und die russische Führung muss klar werden: Wir können den Krieg nicht gewinnen. Die Kriegsziele (s.o.) sind militärisch unerreichbar. Erst dann besteht die Chance, dass Russland von Maximalforderungen Abstand nimmt.

Kurz: Wenn der Westen (EU, NATO) will, dass Russland diesen Krieg nicht gewinnt, müssen der Ukraine schwere Waffen geliefert werden!¹³

¹¹ Es ist nicht auszuschließen, dass Russland sich letztlich doch mit dem bisher Erreichten (vorerst) zufrieden gibt. Derzeit laufen russische Offensiven nur, um die offiziell annektierten Bezirke Luhansk und Donezk komplett unter Kontrolle zu bekommen. Zumindest die Minimalziele wären dann erreicht. Für die Ukraine wäre das inakzeptabel.

¹² Daher ist auch die Ukraine aktuell keineswegs verhandlungsbereit. Die Verluste sind auch hier immens groß, fast die gesamte Infrastruktur zur Strom-, Gas- und Wasserversorgung liegt nach tagelangen gezielten Raketenangriffen der Russen in Trümmern. Millionen Menschen sind obdachlos oder in westliche Nachbarländer geflohen. Aber die ukrainische Führung hat immer wieder versprochen, alle okkupierten Territorien einschließlich der schon 2014 besetzten Krim zurückzuerobern. Jetzt nachzugeben und einen Verhandlungskompromiss zuzustimmen, käme aus Sicht der ukrainischen Nationalisten einer Niederlage gleich.

¹³ Gerade, als ich dies schreibe, kommt dir Meldung, dass Deutschland den Schützenpanzer „Marder“ an die Ukraine liefern werde, nachdem auch Frankreich und die USA die Lieferung vergleichbarer Systeme zugesagt haben. Die Lieferung von Kampfpanzern steht aber noch aus.

Das meine ich, wenn ich von einer „paradoxen“ Situation spreche. Bei allen Pazifistinnen und Pazifisten werden sich die Nackenhaare sträuben, aber es ist m. E. die einzige Chance auf einen „anständigen“ Frieden, also nicht auf einen Diktatfrieden einer Siegermacht, sondern auf einem Frieden, der die völkerrechtliche Prämissen berücksichtigt und weitere Aggressoren bzw. „revisionistische Mächte“ (hoffentlich) künftig abschreckt.

Allerdings muss die Ukraine intern und mit dem Westen klären, wann der Zeitpunkt für Verhandlungen gekommen ist: (1) Wenn keine weiteren militärischen Erfolge eintreten oder zu erwarten sind und das Ausmaß der Zerstörungen einfach zu groß geworden ist, (2) wenn militärisch ein Status quo ante erreicht ist (Stand 24. Februar 2022) oder (3) wenn alle besetzten Territorien inklusive Krim zurückerobert sind?

Und wenn Putin gewinnt?

Wenn aber Putin doch gewinnt, also Kiew erobert, die ukrainische Regierung zur Abdankung oder Flucht zwingt, sog. „Nazis“ liquidieren lässt usw., wäre das ein fatales Signal an die Weltgemeinschaft: Wer militärisch stark genug ist, kann seine nationalistischen Ziele ohne Rücksicht auf internationale Vereinbarungen und Grundsätze durchsetzen. Putin würde vermutlich weitere Eroberungen planen; der Weltfrieden würde bei einer Niederlage der Ukraine nicht sicherer, sondern deutlich unsicherer werden. Sogar die Atomkriegsgefahr könnte wachsen.

Das sieht auch der deutsche Historiker Heinrich August Winkler so, der eine Kapitulation der Ukraine für „extrem gefährlich“ hält.: Putin werde *„nicht Schluss machen mit seinem Bestreben, so viel wie nur irgend möglich vom Einflussbereich der 1991 aufgelösten Sowjetunion wiederherzustellen. Und dann würde der Westen in der Tat vor eine Situation gestellt werden, wie damals im Jahr 1962 in Kuba. Sobald ein Mitgliedsland der Nato unmittelbar bedroht wird, tritt für den Westen der Ernstfall ein.“*¹⁴ Wenn z. B. auch versucht wird, die baltischen Staaten, alle drei sind NATO-Mitglieder, in Putins neues „Zarenreich“ zu reintegrieren, dann droht wirklich der Dritte Weltkrieg.

Wenn Russland den Krieg gewinnt, werden sich europäische und globale Machtkonstellationen verändern. Auf Europa kämen unruhige Zeiten zu.

Russlands Niederlage kann den Weltfrieden sichern

Eine Niederlage Russlands wäre dagegen gut für den Weltfrieden und würde ein Signal an andere Mächte mit imperialen Ambitionen aussenden, sagt auch der US-amerikanische Historiker Timothy Snyder.¹⁵ *„Wenn Russland diesen Krieg verliert, wird es viel unwahrscheinlicher, dass China etwas Abenteuerliches in Taiwan versucht.“*, so Snyder. Aus diesem Grund ist er der Meinung, dass sinnvolle Verhandlungen erst dann stattfinden können, wenn die Ukraine den Krieg gewonnen hat, sich also die russische Armee aus der Ukraine zurückzieht.

¹⁴ Heinrich August Winkler, *„Eine Kapitulation der Ukraine wäre extrem gefährlich“*, Interview mit Michael Hesse, FR 16.10.2022. Auch Winkler nennt Putins Russland eine „revisionistische Macht“, die den Status quo verändern will, nicht nur bezogen auf die Grenzen Russlands, sondern auch mit Blick auf die europäische Friedensordnung nach 1991.

¹⁵ Timothy Snyder, *„Russland gewinnt, indem es verliert“*, Interview mit Moritz Serif, FR 29.11.2022
Jens Reißmann

Ob Putin's Regime das überlebt, ist fraglich. vielleicht kommen noch radikalere, ultranationalistische Kräfte in Moskau an die Macht, vielleicht gewinnen, wie Timothy Snyder hofft, liberale und verständigungsorientierte Kräfte in Russland an Einfluss:

„Wenn die Ukraine siegt, würde das Russland langfristig sogar helfen.“ Es sei aus der Geschichte abzuleiten, dass imperiales Machtstreben durch militärische Niederlagen gebremst werden kann. *„Nur eine militärische Niederlage kann in Russland die dringend notwendigen Reformen anstoßen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Russland diesen Krieg verliert. Die russische Geschichte zeigt, dass vor allem nach Niederlagen Veränderung möglich wurde (...). Dies ist eine grundlegende Erkenntnis der modernen europäischen Geschichte: Die erfolgreichen rechtsstaatlichen Demokratien in Europa, beginnend mit Deutschland selbst, entstanden nach eindeutigen militärischen Niederlagen, die sie in imperialen Kriegen erfahren haben.“*

Ob das so stimmt, wäre zu prüfen. *So oder so:* Ein wünschenswerter und mit dem Völkerrecht kompatibler Frieden setzt voraus, dass es der Ukraine in den nächsten Monaten gelingt, weitere russische Vorstöße und territorialen Eroberungen zu verhindern und ihrerseits zumindest einige (bzw. viele oder alle) besetzte Gebiete zurückzuerobern.

Aber selbst dann wird eine friedliche und nachhaltige Regelung aller Probleme und Konflikte, die schon vor dem Krieg bestanden oder durch den Krieg entstanden sind, schwierig genug sein.

Im geplanten Teil III werde ich versuchen, die geopolitischen Folgen des Ukrainekriegs in den Blick zu nehmen, also die sich verändernden globalen Machtkonstellationen.

Und ich werde (mich) fragen, ob und wie die globalen Entwicklungen (Umweltkrise und Klimawandel, digitaler Kapitalismus, Krise der Demokratie u.a.) nicht auch die politischen Orientierungen und Strategien aus den Zeiten des Kalten Krieges bzw. des 20. Jahrhunderts verändern sollten. Was bedeutet das für eine persönliche und politische Haltung, die Freiheit und Gerechtigkeit verbinden möchte.